

Mechthild Veil

Widersprüchliche Vielfalt: Familienpolitische Orientierungen nach der Wahl



Dr. Mechthild Veil, geb. 1944 in Königsberg, Studium der Anglistik und Romanistik in Göttingen, Heidelberg und der Pädagogik in Frankfurt/M., arbeitet seit 1998 als selbständige Sozialwissenschaftlerin in dem von ihr gegründeten „Büro für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa“ in Frankfurt/M.; sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift „Feministische Studien“. Forschung und Beratung zur Sozialpolitik (Alterssicherung) unter dem Gender-Aspekt; Forschungsprojekte zu den geschlechterspezifischen Auswirkungen der Alterssicherung mit der Hans-Böckler-Stiftung, wie die gerade abgeschlossene Untersuchung zum deutsch-französischen Vergleich, die 2002 bei edition sigma erscheint. Zur Arbeit des Büros und zu Publikationen: www.sozialpolitikvergleich.de

Bei allen Parteien hat Familienpolitik gegenwärtig einen hohen Stellenwert. Das war nicht immer so. In der Nachkriegsära bis Ende der 1960er-Jahre beherrschten CDU/CSU das Thema Familie, während die SPD eher zu einem gewissen „Antifamiliarismus“ neigte. Die stark normativ ausgerichtete und von der katholischen Kirche geprägte Familienpolitik der christlich-konservativen Parteien stabilisierte Leitbilder, z.B. das der Normalfamilie mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Hausfrau und Mutter, die lange Zeit als Richtschnur sozial- und familienpolitischen Regierungshandelns dienten. Die SPD setzte diesem Familienbild kein eigenes entgegen. Das wäre auch schwierig gewesen, denn in den 1950er-Jahren waren andere, stärker an individuellen Freiheitsgraden orientierte Familienbilder schwer vermittelbar, entwickelten sich doch Familien- und Sozialpolitik im Kontext zweier sich bekämpfender politischer Systeme. Kontroverse Frauen- und Familienleitbilder, die „normalerweise“ auf einander bezogen diskutiert und verhandelt werden, ließen sich im geteilten Deutschland nur geografisch zuordnen: diesseits der Mauer die Frau als Mutter und Hausfrau, jenseits der Mauer als erwerbstätige „Mutti“. Die doppelte ideologische Überfrachtung, christliche Werte gegen säkularisierte, kapitalistische Leitbilder gegen sozialistische, ist ausschlaggebend für die normative Überhöhung der Familienpolitik in Deutschland, die bis in die Gegenwart Reformblockaden produziert.

Inzwischen beginnen SPD und die Grünen, die Meinungsführerschaft in der Familienpolitik zu übernehmen. Sie repräsentieren eine modernere Kultur von Familie, argumentieren weniger eng und zeigen sich offener gegenüber der Vielfalt der Familienformen, deren rechtliche Gleichstellung sie unterstützen. Eine linke Familienpolitik ist dann stark, wenn sie

neben der Integration neuer Familienformen ihre Aufmerksamkeit vorrangig auf den Kern des Problems, d.h. auf die Beziehungen zwischen Vater, Mutter und Kind richtet. Diese Kernfamilie ist nicht mehr einfach traditionell. Der Begriff „traditionell“ suggeriert statische und normative Familienbeziehungen und verdeckt, dass sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren die wesentlichen Veränderungen im Kern der Familie und nicht an ihren Rändern abgespielt haben. Erst eine Demokratisierung *dieser* Familienform hat ein gleichberechtigtes Nebeneinander von ehelichen, nicht ehelichen Lebensgemeinschaften, von Eineltern-Familien und von homosexuellen Beziehungen möglich gemacht. Inzwischen gleichen sich eheliche und nicht eheliche Beziehungen immer mehr an. Mann-Frau-Beziehungen und Elternschaft sind nicht mehr an die Ehe gebunden. Die Entscheidung für oder gegen eine Heirat wird zunehmend nach persönlichen Bedürfnissen getroffen. Familien „entheiraten“ sich, wie französische Familienforscherinnen sagen.

Die Schwäche konservativer Familienpolitik liegt darin, dass sie diese neue Ehe und Familie nur schwer akzeptieren kann. Die CDU/CSU interpretiert die Veränderungen als Verlust und als Krisenerscheinung, was ihre Familienpolitik immobil und, wie die letzte Bundestagswahl zeigte, unattraktiver für Wählerinnen und Wähler in Großstädten macht.

Motor für die veränderten Familienformen und -beziehungen sind die Dynamik in der Gleichheit der Geschlechter, eine Personalisierung der Eltern-Kind-Beziehungen und die längere Lebenserwartung. Ausgelöst durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern und durch das Drängen der Frauen nach Neuaufteilung der beruflichen und familialen Arbeit, verändert sich der Geschlechtervertrag und damit die Vertragsbasis der Paarbeziehungen ständig. Der anhaltende Geburtenrückgang hat Kinder zu einem seltenen Gut werden lassen, das einen höheren Wert repräsentiert und gleichzeitig auch höhere Kosten produziert. Eltern-Kind-Beziehungen sind persönlicher und komplizierter geworden.

Neue familienpolitische Realitäten schälen sich heraus: sinkende Geburten, eine Zunahme außerehelicher Geburten, weniger Eheschliessungen, zunehmende Trennungsrisiken und prekäre Übergänge zwischen den Familienformen. Am stärksten geschwächt sind inzwischen die Vater-Kind-Beziehungen (zwei Drittel der Kinder aus getrennten Ehen leben bei nur einem Elternteil, zumeist der Mutter), was das gemeinsame Erziehungsrecht auch nach Trennungen zu einer wesentlichen Zukunftsaufgabe werden lässt. Die Veränderungsprozesse sind noch nicht abgeschlossen, es zeichnet sich noch kein neuer Geschlechtervertrag ab. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern (der „doppelte Arbeitstag“ für erwerbstätige Mütter) besteht fort, neue Ungleichheiten zwischen Frauen kommen hinzu, z.B. die zwischen qualifizierten erwerbstätigen Frauen und „billigen“ weiblichen Haushaltshilfen, die zumeist Migrantinnen sind. Weil erwerbstätige Frauen Familienaufgaben nur in geringem Umfang an den Staat oder an den eigenen Partner abgeben (können), greifen sie auf unterbezahlte weibliche Arbeitskräfte zurück.

Trend: das Zwei-Verdiener-Modell und Familien mit einem Kind oder zwei Kindern

Eine Familienpolitik mit neuen Denkrichtungen sollte, ausgehend von der Anerkennung der Pluralität der Familienformen und -beziehungen, Prioritäten setzen. Der größte familienpolitische Reformstau hat sich bei der *Nichtvereinbarkeit von Beruf und Familie* aufgebaut.

Daher hat die *Stärkung der Betreuungsstrukturen* absoluten Vorrang gegenüber einem eventuellen Familiengehalt. Übereinstimmend gehen Prognosen davon aus, dass die Müttererwerbstätigkeit und auch die Erwerbsneigung nicht erwerbstätiger Mütter aufgrund ihres höheren Qualifizierungsniveaus weiterhin steigen wird. Damit erhöht sich die Nachfrage nach institutionellen Betreuungsformen. Das Angebot an öffentlich finanzierten Krippen- und Hortplätzen geht seit Anfang der 1990er-Jahre jedoch nicht mit dem Anstieg der Erwerbstätigenquote von Müttern einher. Lediglich das Angebot an Kindergartenplätzen ist, beschränkt auf Halbtagsplätze, gestiegen. Im europäischen Vergleich fällt auf, dass in Deutschland eine simultane Ausübung von Berufs- und Familienarbeit nur unzureichend unterstützt wird (vgl. den 11. Kinder- und Jugendhilfebericht). Der bisher zu konstatierende geringe politische Wille, hier eine Wende herbei zu führen, zeigt sich u.a. in den fehlenden wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema. Erst neuere Studien zur Kinderbetreuung und dem Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland zeigen detailliert, wo die Probleme liegen¹: Beides, sowohl die Erwerbsbeteiligung als auch der Erwerbswunsch von Frauen hängt direkt von dem Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen ab. Nach einer 1998 durchgeführten Befragung wollen von den 52 Prozent eigentlich nicht erwerbstätiger verheirateter Frauen mit Kindern unter sechs Jahren nur 6 Prozent nicht erwerbstätig sein. Eine im Mai 2002 von McKinsey in Deutschland durchgeführte Umfrage besagt, dass 71 Prozent der Frauen, die aus familiären Gründen ihre berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben haben, sich für bessere Betreuungsmöglichkeiten aussprechen, um wieder oder in stärkerem Umfang erwerbstätig sein zu können.

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie - höhere Erwerbstätigkeit von Müttern

Bisher ist es so, dass Kinder nicht erwerbstätiger Mütter, die einen Kindergarten besuchen, überwiegend aus finanziell privilegierten Haushalten kommen. Ausländische Kinder dieser Altersgruppen mit nicht erwerbstätigen Müttern hingegen bleiben zu Hause. Das ist sehr problematisch, so das Ergebnis der Pisa-Studie, weil in diesem Alter Sprache, die grundlegenden Kulturtechniken und soziale Normen erworben werden. Ausländische Kinder haben also bereits mit Schulbeginn die schlechteren Startchancen. Kindergartenkinder erwerbstätiger Mütter, die ganztags betreut werden, haben häufig Mütter mit einem höheren Bildungsniveau und einer Vollzeitbeschäftigung.

Daraus folgt:

- Das Angebot ganztägiger institutioneller Kinderbetreuung muss vor allem in Westdeutschland ausgeweitet werden.
- Kindergärten sollten langfristig kostenfrei gestaltet werden wie dies in Frankreich mit den *écoles maternelles* der Fall ist. Dort sind sie Bestandteil des Schulsystems und daher unentgeltlich.
- Um der Pluralität der Familienbeziehungen gerecht zu werden, muss der Staat eine Vielfalt an Betreuungskulturen gewährleisten. Vorrang hat die Förderung *öffentlicher Strukturen*. Flankierend hinzu kommen müssen staatlich finanzierte *private Formen der Kinder-*

1 So z.B. Felix Büchel/Katharina C. Spieß, Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktintegration von Müttern in West- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart 2002.

betreuung, sei es im eigenen Haushalt durch Tagesmütter oder durch privat organisierte Krippen (in Form von steuerlicher Absetzbarkeit der Betreuungskosten, oder durch Dienstleistungsschecks oder durch direkte Zuschüsse). Nur durch eine breite Palette staatlich geförderter *öffentlicher und privater Angebote* können die kulturellen Gegensätze im Konzept von Mutterschaft zwischen Ost- und Westdeutschland versöhnt werden.

- Zur Finanzierung dieses ehrgeizigen Projektes ist es unbedingt notwendig, das Ehegattensplitting abzuschmelzen. Das Steuersplitting erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und verteuert sie für Frauen.

Ausblick

Früher wurde die Familie als „Keimzelle des Staates“ überhöht, heute besteht die Gefahr, dass, bedingt durch den Geburtenrückgang, Kinder überhöht werden. Vorschläge, Leistungen an Kinder zu binden, z.B. um Kinderarmut zu verhindern, übersehen, dass es keine Kinderarmut ohne arme Eltern gibt. Die häufigste Ursache für den steigenden Sozialhilfebezug von Kindern ist der „Ausfall des Ernährers“ in Familien mit einem Verdiener und mehreren Kindern. Familienleistungen, die an Erziehenden ansetzen und die Vereinbarkeit fördern, tragen ganz wesentlich zur Armutsbekämpfung von Familien bei.

Langfristig muss die Lösung der Vereinbarkeitsproblematik von einer Frauenfrage zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden. Das ist möglich, wenn Familienleistungen die Erziehungsleistungen und die Vereinbarkeit fördern, *ohne diese an Leitbilder zu binden*. Das Kindeswohl besteht dann darin, dass Kinder nicht unter der Wahl ihrer Eltern zwischen Beruf und Familie zu leiden haben.